

Wie geht es in der Ukraine weiter?

Die Bundestagsabgeordneten Rainer Arnold (SPD) und Markus Grübel (CDU) geben ihre Einschätzung zum Konflikt ab

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz, die gestern startete, wird der Ukraine-Konflikt das bestimmende Thema sein. Wir fragten die Bundestagsabgeordneten Markus Grübel (CDU) und Rainer Arnold (SPD), die ebenfalls an der Konferenz teilnehmen werden, wie sie den Krieg einschätzen und wie die Chancen für einen Waffenstillstand stehen.

VON SYLVIA GIERLICH

Rainer Arnold war fast schon auf dem Weg zum Flughafen, um nach München zur Sicherheitskonferenz zu fliegen, als der Anruf unserer Zeitung kam. Nach dem Säbelrasseln der USA, die androhten, die Ukraine möglicherweise mit Waffenlieferungen zu unterstützen, geht ein wenig die Angst um, Europa könne auf einen neuen Krieg zusteuern. Für den verteidigungspolitischen Sprecher der SPD sieht es jedoch nicht danach aus, dass ein großer europäischer Krieg bevorsteht. „Aber klar ist: In der Ukraine ist Krieg. Die Nato wird nicht eingreifen können und das auch nicht wollen. Aber die Nato erinnert sich gerade stark an den Sinn des Bündnisses, der darin liegt, verlässlich politisch zusammenzustehen und Stärke zu beweisen, die sichtbar ist und die wir hoffentlich nie brauchen“, sagte Arnold. So lautete auch die Einschätzung des CDU-Bundestagsabgeordneten Markus Grübel. Er glaubt ebenfalls nicht an einen europäischen Krieg. „Allerdings würde ich das, was in der Ukraine passiert, schon als Krieg bezeichnen“, so der parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung.

„Für Deutschland schließe ich Waffenlieferungen aus“
Markus Grübel, MdB (CDU)

Auch die Frage, ob es Waffenlieferungen aus den USA in die Ukraine geben soll, sehen beide Abgeordnete ähnlich: Diese Frage sei selbst in den USA strittig. In Europa wolle man die Ukraine nicht zu einer Fehleinschätzung verleiten, man könne das Problem mit Waffen lösen. Denn die Streitkräfte des Landes seien nicht in der Lage, einen militärischen Konflikt zu gewinnen, ist Rainer



Rainer Arnold (SPD)

Foto: pm

Arnolds Einschätzung. Markus Grübel hält es für möglich, dass die Vereinigten Staaten mit dieser Androhung Druck auf den Kreml ausüben wollen. „Für Deutschland schließe ich Waffenlieferungen aus. Waffen würden den Konflikt eskalieren lassen und daran kann keiner Interesse haben. Dies könnte den russischen Präsidenten Wladimir Putin dazu bringen, die Separatisten ebenfalls mit Waffen hochzurüsten. Verteidigungsministerin von der Leyen hat Waffenlieferungen als Brandbeschleuniger für den Konflikt bezeichnet“, sagte Grübel.

Darauf angesprochen, dass es derzeit eher danach aussieht, als ob die Separatisten in der Ostukraine dabei sind, den Krieg zu gewinnen, meinte der Nürtinger SPD-Bundestagsabgeordnete Arnold, die Separatisten seien sehr strategisch vorgegangen. Sie hätten zunächst die Zentren in der Ostukraine erobert, dann einen Ring um diese Zentren gezogen und sie versuchten nun, diese Zentren zu verbinden. Das zeige, welche starke Rolle die russische Professionalität bei der Ausbildung und bei der personellen Unterstützung der Separatisten spiele. Der CDU-Mann Markus Grübel fragt sich, was denn das Ziel des Krieges sein könnte. Die Gegend liege wirtschaftlich für Jahre am Boden. Viel-

leicht gäbe es militärisch Landgewinne, mutmaßt er.

Sein SPD-Kollege Arnold versprach sich gestern eine positive Entwicklung von den Gesprächen, die Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident François Hollande in Moskau mit Wladimir Putin führten. Nach Berichten der Süddeutschen Zeitung soll es dabei auch um einen Einigungsvorschlag gegangen sein, der den Separatisten deutlich mehr Territorium überlassen würde, als bisher geplant. „Die Frage ist, ob eine Einigung mit Putin Bestand haben wird. Es gibt allerdings in unseren Augen nur den Weg der Diplomatie, um den Konflikt zu lösen“, stellte Arnold klar.

Der CDU-Abgeordnete Grübel erhofft sich vom Besuch der Bundeskanzlerin und des französischen Staatspräsidenten, dass ein längerer Waffenstillstand vereinbart und dass eine robuste Kontrolle, beispielsweise durch die OSZE, entlang der umkämpften Zone verhandelt werden kann. „Dort sterben Hunderte Menschen. Dass es territoriale Zugeständnisse an die Separatisten geben wird, halte ich seitens der Ukraine nicht für wahrscheinlich“, sagte er.

Und wie hoch ist der Preis für den Frieden? „Ich schätze, es wird auf einen eingefrorenen Konflikt, ähnlich wie in Transnistrien hinauslaufen“, glaubt Arnold. Zur Erklärung: Transnistrien ist eine Region, die früher zur Republik Moldau, einem Staat an der ukrainischen Grenze, gehörte, sich aber, ebenfalls durch eine separatistische Bewegung des russischsprachigen Teils der Bevölkerung, abgespaltete.

Hat Putin kein Interesse an einer stabilen Ukraine?

Hier wurde 1992 ein dauerhafter Waffenstillstand geschlossen. Transnistrien kontrolliert seitdem fast das gesamte beanspruchte Gebiet, ist de facto unabhängig. Allerdings gibt es eine dauerhafte Präsenz russischer Streitkräfte in Transnistrien. Moldawien akzeptiert die Abspaltung der Region bis heute nicht, jedoch halten sich beide Seiten an den Waffenstillstand. International anerkannt worden ist Transnistrien bislang von keinem Staat. Es liegt völkerrechtlich nach wie vor innerhalb der Grenzen der Republik Moldau.



Markus Grübel (CDU)

Foto: pm

Für Rainer Arnold ist ein solcher eingefrorener Konflikt besser, als den Tod Hunderter Menschen in Kauf zu nehmen durch die fortwährenden Kämpfe im Donbas. „Putin hat kein Interesse an einer stabilen Ukraine. Aber er hat auch kein Interesse daran, die Ukraine und damit die Verantwortung für den Wiederaufbau und die Versorgung der Gebiete zu übernehmen. Putin will sich die Möglichkeit erhalten, die Ukraine in einem instabilen Status zu halten, sie politisch und wirtschaftlich von Russland abhängig machen“, lautet Arnolds Einschätzung.

Markus Grübel erhofft sich von den Gesprächen Merkels und Hollandes in Moskau einen Waffenstillstand. „Der Preis für den Krieg ist extrem hoch. Ein Waffenstillstand ist allemal preiswerter. Der Kreml wird seine Einstellung, dass die ehemaligen Sowjetstaaten zu seinem Einflussgebiet gehören, nicht ändern. Ich hoffe auf die Einsicht Putins, dass der Wohlstand durch Frieden sich auch für die russische Bevölkerung positiv auswirkt. Russland ist wirtschaftlich in einer ganz schwierigen Lage. Es gibt kaum Industrie, außer Rohstoffen hat das Land keinen Wirtschaftsfaktor. Ich frage mich, wie Putin den jungen Menschen in Russland eine Perspektive geben möchte, wenn er so weitermacht.“